3.11 Wie kann Integration gelingen?

Wolfgang Sinz

Lernziele:

Die Schüler sollen
- ❒ sich mit dem deutschen Staatsbürgerschaftsrecht vertraut machen,
- ❒ das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht mit dem Staatsbürgerschaftsrecht anderer Staaten vergleichen,
- ❒ sich mit den Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Zuwanderern kritisch auseinandersetzen,
- ❒ erkennen, dass in Deutschland ein hoher Prozentsatz der Bürger bereits heute einen Migrationshintergrund besitzt,
- ❒ die Debatte um qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland nachvollziehen können,
- ❒ sich mit verschiedenen Ansätzen der Migrationsforschung auseinandersetzen,
- ❒ verstehen, dass nicht erst seit Sarrazins Thesen die Frage der Integration in Deutschland kontrovers diskutiert wird,
- ❒ sich mit dem Streit um die Thesen Sarrazins auseinandersetzen und Stellung beziehen können,
- ❒ die Bandbreite der Stellungnahmen auf Sarrazins Thesen erfassen,
- ❒ am Beispiel der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln nachvollziehen können, was sich durch gezielte Integrationspolitik verbessern lässt,
- ❒ sich mit den Lösungsvorschlägen der im Bundestag vertretenen Parteien kritisch auseinandersetzen,
- ❒ sich über Projekte zur besseren Integration von Migranten in Deutschland informieren,
- ❒ sich mit den Forderungen verschiedener Interessenvertreter zur Verbesserung der Integration ausländischer Mitbürger in Deutschland beschäftigen,
- ❒ die gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) der Europäischen Union für Zuwanderung nach Europa kennenlernen,
- ❒ die Bedeutung der Sprache für eine gelingende Integration diskutieren.

Didaktisch-methodischer Ablauf	Inhalte und Materialien (M)
I. Das Staatsbürgerschaftsrecht im Vergleich Anhand einer Übersicht über das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht erarbeiten die Schüler die Grundlagen der deutschen Staatsbürgerschaft und die Voraussetzungen für ihre Erlangung. Im Anschluss recherchieren die Schüler die staatsbürgerrechtlichen Grundlagen in anderen Ländern.	→ **Die deutsche Staatsbürgerschaft und ihre Entwicklung/M1a bis d (Tabelle)** → ***Lösungsvorschläge/M2 (Tabelle)***
II. Die Integrationsforschung in Deutschland Die Impulswörter „Migranten“ und „Integration“ dienen als Einstieg in diesen zweiten Abschnitt. Im Anschluss daran sollen sich die Schüler mit verschiedenen Definitionen des Begriffs „Integration“ auseinandersetzen und eine eigene Definition verfassen. Eine Statistik verdeutlicht, dass bereits heute ein Fünftel aller Bundesbürger einen Migrationshintergrund aufweisen.	→ **Buchstaben-Impuls/M3 und M4 (Arbeitsblätter)** → **Ausgewählte Definitionen des Begriffs „Integration“/M5 (Auflistung)** → **Migrationshintergrund von in Deutschland lebenden Menschen/M6 (Statistik)**

VORSCHAU

netzwerk lernen
D3140316311
(c) Olzog Verlag GmbH
zur Vollversion

V. Ansätze einer neuen Integrationspolitik	
Eine Internetrecherche auf den Seiten der im Bundestag vertretenen Parteien soll die Bandbreite der verschiedenen Ansätze für eine gelingende Integration von Migranten verdeutlichen.	→ **Die Haltung der Bundestagsparteien zur Integration von Migranten/M23 (Arbeitsblatt)** → ***Lösungsvorschläge/M24a und b (Zeitungsartikel)***
Der Jugendwettbewerb „Respekt 2010“ zeigt, wie kreativ Jugendliche mit dem Thema „Integration“ umgehen können. Die zehn besten Raps zum Thema „Toleranz und Integration in Deutschland“ können im Internet angehört werden.	→ **Respekt 2010. Der beste Rap für gelingende Integration/M25 (Arbeitsblatt)**
Weitere Integrationsprojekte aus allen Bundesländern verzeichnet das Projekthandbuch 2009 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Schüler können mithilfe dieses Handbuchs Projekte aus ihrer Gegend recherchieren und im Klassenplenum vorstellen.	→ **Die Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge/M26 (Arbeitsblatt)**
VI. Forderungen an eine neue Integrationspolitik	
Mit der Forderung nach Einrichtung eines Einwanderungsministeriums trat der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kolat, an die Öffentlichkeit.	→ **Türkische Gemeinde will Einwanderungsministerium/M27 (Zeitungsartikel)**
Die Integrationsexpertin Necla Kelek fordert eine Migrantenquote für Betriebe in Deutschland. Auch die Forderung nach der doppelten Staatsangehörigkeit wird immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert.	→ **Necla Kelek fordert „Migrantenquote“ für Betriebe/M28 (Zeitungsartikel)** → **Türkische Gemeinde fordert jetzt den Doppelpass/M28 (Zeitungsartikel)**
In der Diskussion um eine bessere Integration von Migranten in Deutschland wird zudem immer wieder auf die Bedeutung der Sprachkompetenz verwiesen. 2010 mahnte der türkische Europaminister Bagis seine Landsleute, die deutsche Sprache zu erlernen und die Bedeutung der Bildung für den beruflichen Erfolg zu erkennen.	→ **Integration – Türkischer Minister rüffelt Landsleute in Deutschland/M29**
Eine Allensbach-Umfrage unter Migranten zeigt, dass die deutsche Sprache mit Abstand als die wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz von Menschen mit Migrationshintergrund angesehen wird.	→ **Voraussetzungen für die Akzeptanz aus Sicht der Zuwanderer/M29 (Statistik)**
Allerdings gibt es gerade beim Medienkonsum deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen.	→ **Sprache und Fernsehkonsum nach Nationalität/M30 (Arbeitsblatt)**
In letzter Zeit wurde schließlich die Frage kontrovers diskutiert, ob anonyme Bewerbungen hilfreich für eine bessere Integration von Migranten in Wirtschaft und Gesellschaft sein könnten.	→ **Pilotstudie zu anonymen Bewerbungen/M31 (Text)**
Abschließend werden noch die Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) für eine Zuwanderungspolitik der EU dargestellt.	→ **Gemeinsame Grundprinzipien (GGP) für eine Zuwanderungspolitik der EU/M32a und b (Karikatur/Text)**

VORSCHAU

netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

zur Vollversion

Anmerkungen zum Thema:

Nicht erst seitdem der ehemalige SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin im Jahr 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ veröffentlichte, ist die Frage nach einer **Verbesserung der Integration von in Deutschland lebenden Migranten** heftig umstritten.

Übersehen wird dabei fast immer, dass es „den“ Migranten nicht gibt. Die Debatte ist überschattet von **Pauschalisierungen** auf beiden Seiten. **Ca. 20 % aller in Deutschland lebender Menschen weisen schon heute einen Migrationshintergrund** auf. Die überwiegende Mehrheit von ihnen ist gut in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt integriert.

Ausgehend vom **deutschen Staatsbürgerschaftsrecht** sollen in dieser Einheit die Fragen untersucht werden, **wie Integration in Deutschland gelingen kann**, welche Forderungen für eine bessere Integration erhoben werden und welche Ansätze in dieser Hinsicht die politische Diskussion in Deutschland bestimmen.

Unumstritten ist, dass Deutschland aufgrund seiner demografischen Entwicklung künftig stärker als die meisten anderen Industriestaaten auf die **Zuwanderung qualifizierter Menschen** angewiesen sein wird. Problematisch ist dagegen, dass ein immer größerer Teil von Migranten, vor allem türkischer und arabischer Herkunft, sich nicht mehr integrieren kann und/oder eine Integration verweigert. Worin liegen die Ursachen für diese Entwicklung?

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche **Anstrengungen der deutsche Staat bzw. die deutsche Gesellschaft unternimmt**, um Migranten eine Chance zur Eingliederung zu ermöglichen.

Immer wieder weisen Forschungsergebnisse darauf hin, dass die **Sprache** eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Eingliederung darstellt. Aber auch hier zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen.

Dass sich aber selbst eine Problemschule wie die **Rütli-Schule in Berlin-Neukölln** durch geeignete Maßnahmen zu einer erfolgreichen Bildungsanstalt wandeln kann, ist zumindest ein Indiz dafür, dass von beiden Seiten – dem Staat und den Migranten selbst – sehr viel für eine erfolgreiche Integration beigetragen werden kann.

Darüber hinaus thematisiert die vorliegende Unterrichtseinheit auch weitergehende Vorschläge bzw. Forderungen, die die Schülerinnen und Schüler zur Diskussion herausfordern werden: z.B. die Einführung der **doppelten Staatsangehörigkeit** oder die Einrichtung eines **Einwanderungsministeriums**. Necla Kelek möchte eine **Quote für Migranten in Betrieben** und der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, schlug **Türkischunterricht für deutsche Kinder in Kindergärten** vor.

Schließlich ist das Thema „Integration von Ausländern“ heute nicht mehr nur ein Problem der nationalen Politik, sondern zunehmend ein Problem mit europäischen Dimensionen. Dieser Entwicklung tragen die **Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP)** für eine Zuwanderungspolitik der EU Rechnung.

netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

zur Vollversion

LESEPROBE

Aufgaben der Menschen- und Bürgerrechte: Menschen- und Bürgerrechte sind als Schutz- und Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat entwickelt worden. Ihre Aufgabe ist es, den Bürger vor Übergriffen staatlicher Gewalt zu schützen. Sollten die Bürger ihre Rechte verletzt sehen, können sie sich wehren und vor Gericht ziehen. Diese „Rechtsweggarantie“ steht auch Menschen ohne deutschen Pass zu.
Kern der Staatsbürgerschaft: aktives Wahlrecht, z.T. schon ab dem 16. Lebensjahr
Das Wahlrecht: In Artikel 38 GG sind die Wahlrechtsgrundsätze niedergelegt. Der Deutsche Bundestag wird demnach alle vier Jahre in „allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ gewählt. Das aktive und passive Wahlrecht erhalten junge Menschen nach Artikel 38 GG mit der Volljährigkeit: Sie können dann an Wahlen teilnehmen (aktives Wahlrecht) und selbst für ein politisches Amt kandidieren (passives Wahlrecht). In einigen Bundesländern (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern) wird das aktive Wahlrecht auf der kommunalen Ebene bereits im Alter von 16 Jahren gewährt.
Gleichberechtigung: Das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer bildet den Kern der Demokratie und der Staatsbürgerschaft. In Deutschland gilt dieses Recht seit weniger als hundert Jahren, denn lange Zeit war das Wahlrecht ein Privileg der „besitzenden Schichten“. Nur wer in Deutschland Steuern zahlte, durfte auch wählen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde das Wahlrecht auf alle männlichen Bürger ausgeweitet. Erst 1919 durften auch Frauen erstmals zur Wahl gehen.
Möglichkeiten der politischen Partizipation: Drittstaatler können nur in ihrem Heimatland wählen.
Grenzen des Wahlrechts: Bis heute dürfen nicht alle Menschen, die in Deutschland leben, auch in Deutschland wählen: Das uneingeschränkte Wahlrecht - also die Teilnahme an Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentswahlen - ist deutschen Staatsbürgern vorbehalten.
Wahlrecht von Unionsbürgern und Drittstaatlern: Bürger der Europäischen Union, die in Deutschland leben, dürfen in Deutschland eingeschränkt zur Wahl gehen: Sie besitzen das Wahlrecht in der Kommune und dürfen über die Zusammensetzung des Europaparlaments abstimmen. Für Drittstaatler gilt diese Regelung nicht: Sie sind auf allen Ebenen (Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Wahl des Europaparlaments) von der Stimmenabgabe ausgeschlossen. Politische Partizipation ist für Drittstaatler nur in ihrem Heimatland möglich, sofern sie wegen ihres Wohnsitzes in Deutschland ihr Recht auf politische Mitbestimmung in ihrem Herkunftsland nicht verloren haben.
Abstammungs- und Geburtsortsprinzip – Rechtsprinzipien der Staatsbürgerschaft: Für die Staatsbürgerschaft und damit für das Wahlrechts gelten international zwei Prinzipien: Das Abstammungsprinzip (lat.: „ius sanguinis“ - „Recht des Blutes“) und das Geburtsortsprinzip (lat.: „ius soli“ - „Recht des Bodens“). Die deutsche Politik war lange Zeit dem Abstammungsprinzip verpflichtet. Erst im Jahr 2000 reformierten deutsche Politiker das Staatsangehörigkeitsgesetz: Das Abstammungsprinzip wurde daraufhin durch Elemente des Geburtsortsprinzips ergänzt.
Begriffsbestimmung: Abstammungsprinzip heißt im Kern: Ein Kind erhält bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn es einen deutschen Vater oder eine deutsche Mutter hat. Geburtsortsprinzip heißt: Ein Kind ausländischer Eltern, das in Deutschland geboren wird, erhält neben der Staatsangehörigkeit seiner Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Voraussetzung ist unter anderem, dass zumindest ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland gelebt hat und über einen sicheren Aufenthaltstitel verfügt.

VORSCHAU

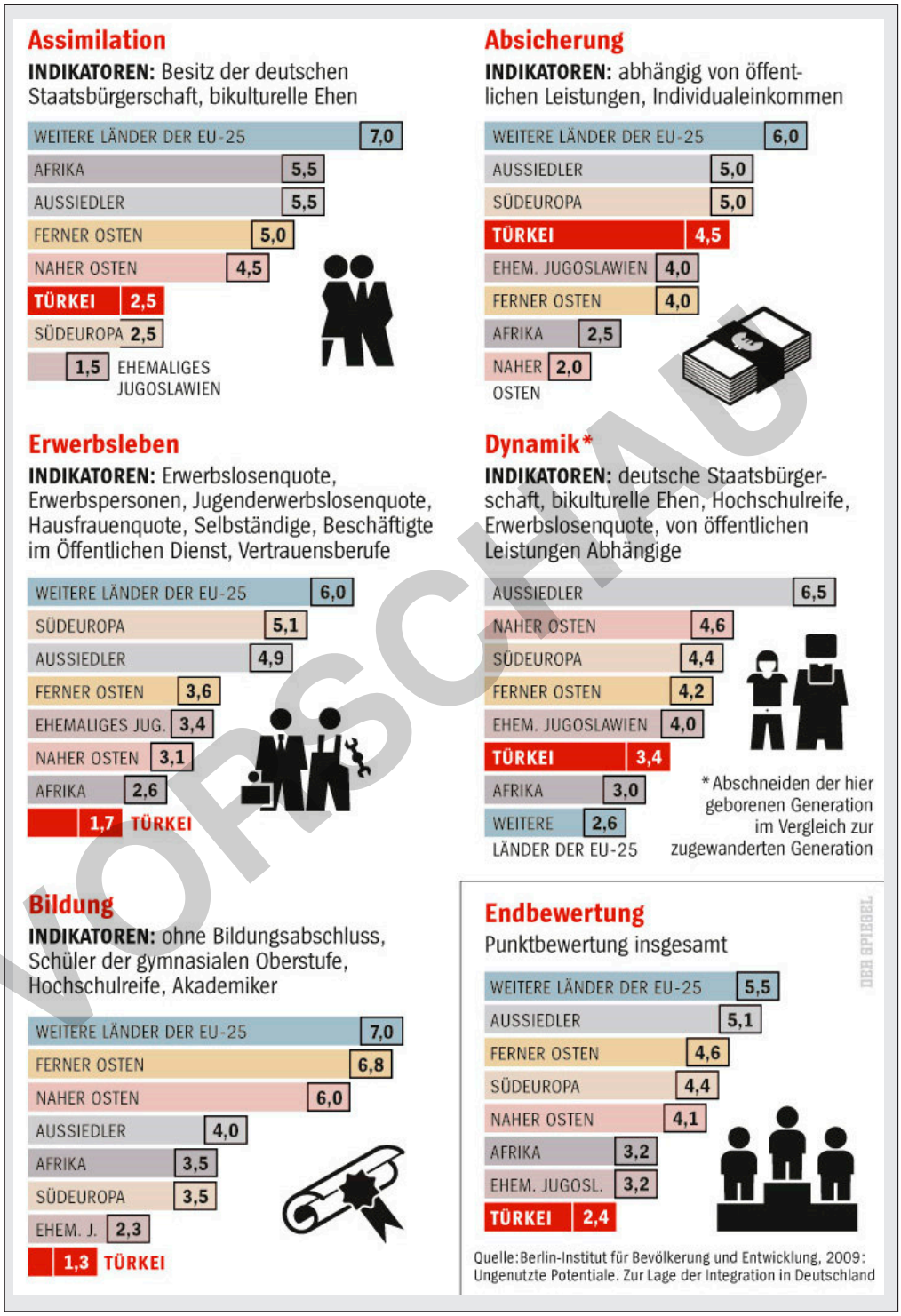
netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

zur Vollversion

Integrationsleistung nach Herkunft

auf einer Skala von 1,0 (= missglückte Integration) bis 8,0 (= gelungene Integration)



(aus: DER SPIEGEL 5/2009, vom 26. Januar 2009)

Arbeitsauftrag:

Analysiere die oben stehende Statistik kritisch.

netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

VORSCHAU

zur Vollversion

Ziel und Integrationsverständnis ausgewählter Monitorings [1)]

	Integrationsbericht NRW 2008	Indikatorenset der Bundesländer	Integrationsreport BAMF [2)]	Indikatorenset Beauftragte	Berlin-Institut
ZIEL DES MONITORINGS	„Information des Parlaments und der Fachöffentlichkeit über den Stand der Integration in Nordrhein-Westfalen.“	„Integrationspolitik braucht verlässliche und differenzierte Daten, die Auskunft darüber geben, ob und in welcher Weise sich die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund / Zuwanderungsgeschichte vollzieht, und in welchen Bereichen es Defizite und Handlungsbedarf gibt.“	Ziel ist, „einen breiten Nutzerkreis aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft mit grundlegenden Informationen zum Thema Integration zu versorgen“.	„Messung von Stand und Entwicklung der Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.“	Der „Index zur Messung der Integration“ (IMI) ist dazu konzipiert, „bestehende Schwierigkeiten in der bisherigen Zuwanderungssituation offenzulegen und besonders problematische Gruppen zu identifizieren“.
INTEGRATIONS-VERSTÄNDNIS	„Chancengleichheit ohne Unterscheidung nach sozialer, ethnischer oder religiöser Herkunft“ als Ziel der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik. Integration bedeutet nicht vollständige Anpassung an Kultur und Tradition der Aufnahmegesellschaft.	Nicht expliziert. Schwerpunkt liegt auf Aspekten der strukturellen Integration (vergleichende Messung Migranten vs. Nichtmigranten).	Nicht expliziert, allgemeine Definition des BAMF: Integration als langfristiger Prozess mit dem Ziel, „alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen“ und umfassende und gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen.	Integration als gleiche Teilhabechancen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Angleichung der Lebensverhältnisse der Personen mit Migrationshintergrund an die der Gesamtbevölkerung.	„Gegenseitiger Prozess der Angleichung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der schon ansässigen Bevölkerung.“

(aus: Bundeszentrale für politische Bildung; http://www.bpb.de/)

1) Monitoring ist ein Überbegriff für alle Arten der unmittelbaren systematischen Erfassung (Protokollierung), Beobachtung oder Überwachung eines Vorgangs oder Prozesses mittels technischer Hilfsmittel oder anderer Beobachtungssysteme.

2) BAMF = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

VORSCHAU

netzwerk lernen
(c) Olzog Verlag GmbH
zur Vollversion

Zur Person: Thilo Sarrazin

(aus: de.wikipedia.org/)

(Umschlag der Erstausgabe, erschienen im DVA-Verlag)

Eingewandert
- Thilo Sarrazin, am 12. Februar 1945 geboren, ist der Spross einer Hugenottenfamilie aus Burgund.
- Die Eltern: ein Arzt und eine westpreußische Gutsbesitzertochter.
- Thilo wuchs mit einer Schwester und zwei Brüdern in Recklinghausen auf, wo er auch Abitur am altsprachlichen Gymnasium machte.

Karriere
- 1973 trat Sarrazin in die SPD ein. Er bekam eine Referentenstelle im Bundesfinanzministerium und leitete dort schließlich das Ministerbüro. Während der Wende war er Chef der Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“ – trug mithin Verantwortung für die Währungsunion.
- Von 2002 bis 2009 wirkte Sarrazin als Finanzsenator im hoch verschuldeten Berlin und war als harter Sanierer erfolgreich.

netzwerk lernen
(c) Olzog Verlag GmbH
zur Vollversion
VORSCHAU

Notruf der Rütli-Schule

(aus: http://de.academic.ru/)

Weil sie die Gewalt an ihrer Schule nicht mehr in den Griff bekam, schickte die Rektorin der Berliner Rütli-Hauptschule diesen dramatischen Hilferuf an den Senat.

„Wie in der Schulleitersitzung am 21.02.06 geschildert, hat sich die Zusammensetzung unserer Schülerschaft in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass der Anteil der Schüler/innen mit arabischem Migrationshintergrund inzwischen am höchsten ist. Er beträgt zurzeit 34,9 %, gefolgt von 26,1 % mit türkischem Migrationshintergrund. Der Gesamtanteil der Jugendlichen n.d.H. (nicht deutscher Herkunft) beträgt 83,2 %. Die Statistik zeigt, dass an unserer Schule der Anteil der Schüler/innen mit arabischem Migrationshintergrund in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. (...)

In unserer Schule gibt es keine/n Mitarbeiter/in aus anderen Kulturkreisen. Wir müssen feststellen, dass die Stimmung in einigen Klassen zurzeit geprägt ist von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz uns Erwachsenen gegenüber.

Notwendiges Unterrichtsmaterial wird nur von wenigen Schüler/innen mitgebracht. Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen wächst: Türen werden eingetreten, Papierkörbe als Fußbälle missbraucht, Knallkörper gezündet und Bilderrahmen von den Flurwänden gerissen.

Werden Schüler/innen zur Rede gestellt, schützen sie sich gegenseitig. Täter können in den wenigsten Fällen ermittelt werden.

Laut Aussage eines Schülers gilt es als besondere Anerkennung im Kiez, wenn aus einer Schule möglichst viele negative Schlagzeilen in der Presse erscheinen. (...)

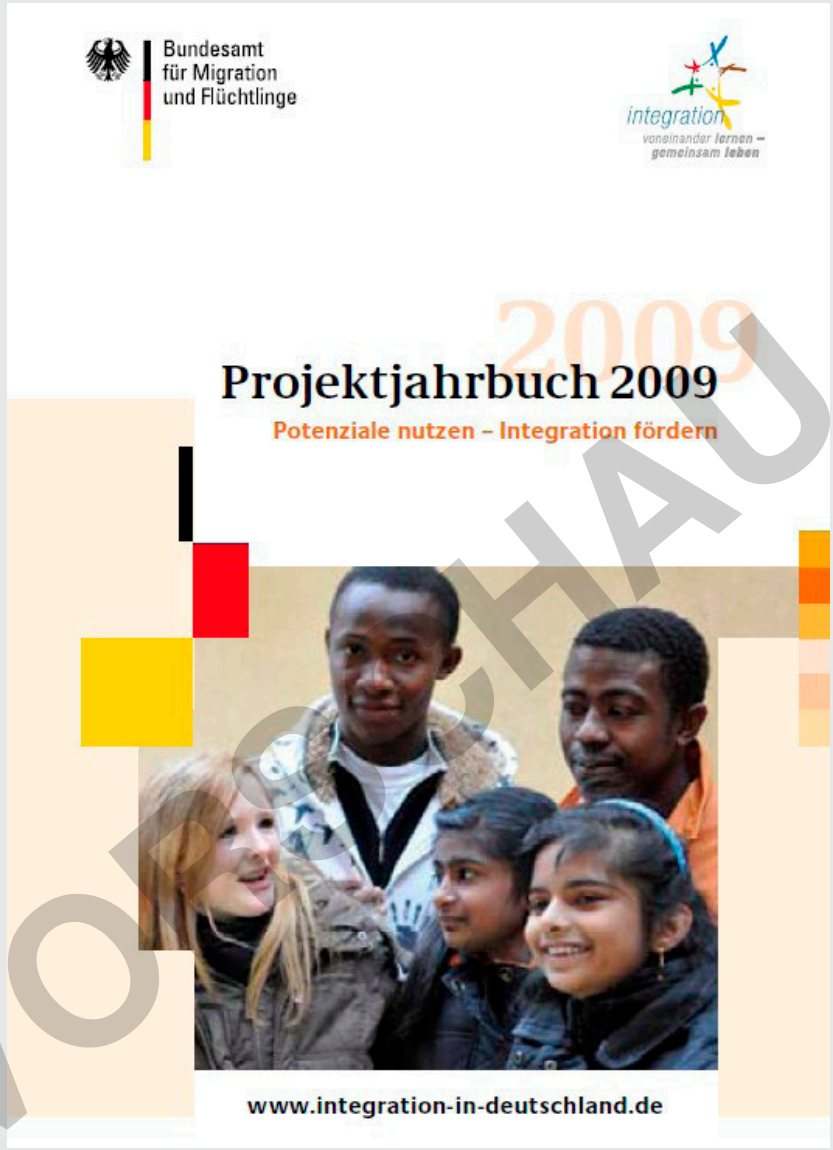
Unsere Bemühungen, die Einhaltung der Regeln durchzusetzen, treffen auf starken Widerstand der Schüler/innen. Diesen Widerstand zu überwinden wird immer schwieriger. In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auf-

netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

zur Vollversion

Die Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge



(aus: http://www.integration-in-deutschland.de/cln_110/nn_284080/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprojekte/projektjahrbuch-2009.html)

Arbeitsaufträge:

1. Recherchiert im Projekthandbuch des BAMF Integrationsprojekte in eurer Gegend.

2. Versucht, beim Träger nähere Informationen über das Projekt zu erhalten und stellt es im Plenum vor.

netzwerk lernen

(c) Olzog Verlag GmbH

zur Vollversion